|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Wirtschafts- und Sozialkunde  *Erläutern Sie den Begriff der Arbeitsteilung und beschreiben Sie die verschiedenen Formen der Arbeitsteilung.* | | | |
| Begriff | Arbeitsteilung ist die Auslösung von Arbeit in Teilverrichtungen, die von verschiedenen Personen oder Wirtschaftseinheiten ausgeführt werden. Das Gegenteil der Arbeitsteilung ist die vollständige Selbstversorgung einer einzelnen Person.  Beispiel: Ein Bauer baut Weizen an, der Müller mahlt aus dem Weizen Mehl, aus dem der Bäcker wiederum Brot backt. In der Selbstversorgung musste ein Mensch alle diese Tätigkeiten ausführen, um das Brot zu erhalten. | | .\*”!t “,  :  *('.*  ”\*. |
| Familiare Arbeitsteilung | Die familiäre Arbeitsteilung ist die ursprünglichste Form der Arbeitsteilung. Sie fand zwischen Mann und Frau statt, als es noch keinen Austausch von Gütern gab und die Familien sich noch selbst versorgten. | |
| Berufliche Arbeitsteilung | Berufsbildung | Berufsbildung ist die Spezialisierung von Personen auf bestimmte Tätigkeitsfelder nach Neigung und Fähigkeit.  Beispiel: Entwicklung von Berufen wie Landwirt, Tischler, Müller, Bäcker, Händler, Elektriker |
| Berufsspaltung | Berufsspaltung beinhaltet die durch die Technisierung erforderliche Spezialisierung innerhalb der ursprünglichen Grundberufe.  Beispiel. Der Grundberuf Mechaniker lässt sich aufspalten in Industriemechaniker, Werkzeugmechaniker, Automobilmechaniker usw. |
| Betriebliche  Arbeitsteilung | Arbeitszerlegung | Die Arbeitszerlegung beinhaltet die Zerlegung eines gesamten Arbeitsvorgangs in mehrere Teilleistungsprozesse.  Beispiel: Die Gesamtaufgabe eines Tischlers wird aufgeteilt in Sägen, Hobeln, Verzinken, usw. |
| Abteilungsbildung | Die Abteilungsbildung ist das Ergebnis der Arbeitszerlegung. Einzelne Arbeitsprozesse werden auf Stellen/Personen verteilt und diese zu organisatorischen Einheiten (Abteilungen) zusammengefasst.  Beispiel: Eine Möbelfabrik enthält im Fertigungsbereich die Abteilungen Zuschnitt, Furnieren, Oberflächenbearbeitung, Bankraum usw. |
| Gesellschaftliche Arbeitsteilung (überbetriebliche Arbeitsteilung) | Die gesellschaftliche Arbeitsteilung erstreckt sich nicht mehr nur auf Menschen und Betriebe, sondern auf die gesamte Volkswirtschaft. Die Volkswirtschaft zerfällt in verschiedene Wirtschaftsbereiche, von denen jeder ganz bestimmte Aufgaben übernimmt.  - Überzeugung: Gewinnung von Rohstoffen und Energie (z. B. Landwirtschaft, Bergbau)  - Weiterverarbeitung: Verarbeitung der Stoffe durch Industrie und Handwerk  - Handel und Dienstleistungen: Verteilung der Waren und Erstellung von Dienstleistungen | |
| Internationale Arbeitsteilung | Jedes Land spezialisiert sich auf den Anbau oder die Produktion von Waren oder Dienstleistungen, die sich in diesem Land besonders lohnt (Kaffee aus Südamerika, Kupfer aus Chile, Textilien aus Marokko). | |
| *Was ist unter „Rationalisierung” zu verstehen? Welches Ziel wird dabei verfolgt?* | | |
| Begriff | Unter Rationalisierung werden alle Maßnahmen zusammengefasst, die dazu geeignet sind, eine bestimmte Leistung mit einem geringeren Kraft-, Zeit- und Kostenaufwand zu erzielen als vor der Rationalisierung | |
| Ziel | Ziel der Rationalisierung ist deshalb die Erhöhung der Produktivität der Fertigung sowie die Gestaltung humaner Arbeitsbedingungen. Produktivität ist das Verhältnis von betrieblicher Ausbringungsmenge (Output) zur betrieblichen Einsatzmenge (Input). | |
| mengenmäßige Ausbringung . -,  Produktivität =mengenmäßiger Einsatz | |
| *Beispiel: 200 Mitarbeiter erzeugen vor der Rationalisierung 42 000 Stück. Ihre Produktivität beträgt damit 210 Stück. Nach der Rationalisierung kann diese Leistung durch I 7S Mitarbeiter erbracht werden. Die Produktivität hat sich damit auf 240 Stück erhöht.* | |
| Mahnahmen zur Rationalisierung | Rationalisierungseffekte werden durch folgende Maßnahmen erreicht:  - Automation beinhaltet den Einsatz von Maschinen und Computern zur Durchführung von Arbeitsvorgängen, wodurch ganz oder teilweise menschliche Arbeit eingespart wird.  Beispiel: Einsatz von Schweißrobotern in der Automobilfertigung  - Arbeitsteilung führt zur Zerlegung eines zusammenhängenden Arbeitsvorgangs in Einzeltätigkeiten. Durch die Ausrichtung einer Arbeitskraft oder Maschine auf nur einen Arbeitsvorgang werden ein hoher Spezialisierungsgrad und eine erhöhte Produktivität erreicht.  Beispiel: Bohrautomaten in der Möbelproduktion  - Normung und Typung stellen durch die Vereinheitlichung von Werkstoffen, Teilen, Baugruppen oder ganzen Erzeugnissen einen Rationalisierungseffekt im Materialbereich dar.  Beispiel: Abstimmung zwischen Herstellern von Küchenmöbeln und Küchengeräten  - Spezialisierung beinhaltet die Beschränkung eines Betriebes auf die Herstellung bestimmter Produkte. Dies führt zu höheren Losgrößen und damit zu Einsparungen bei den Herstellungskosten durch niedrige Rüstkosten und den Einsatz von Spezialmaschinen.  Beispiel: ein Leuchtenhersteller verringert sein Programm von 260 verschiedenen Artikeln um 1 5 0 und spezialisiert sich auf Büroleuchten und moderne Design-Leuchten. | | ..  ..;\*.  .  *.*  ...  °t  . ':-,  ::/-  *.”.,*  ’ -  /.  \*,\*  *. ‘* |
|  | | | |

af.J







Grundtatbestände industriellen Wirtschaftens

*Welche der folgenden Aussagen 'über Arbeitsteilung treffen nicht zu?*

1. Das Gegenteil von Arbeitsteilung ist die Automation.
2. Gabe es keine Arbeitsteilung, musste sich jeder Mensch selbst versorgen.
3. Durch Arbeitsteilung wird bei gleicher Leistung ein höherer Ertrag erzielt.
4. Arbeitsteilung ist die Auflösung von Arbeit in Teilverrichtungen.
5. Arbeitsteilung kann nur in der Produktion, nicht aber im Buro erfolgen.

*Prüfen Sie folgende Gruppen* von *Tätigkeiten.*

*Welche der genannten Auswahlantworten beinhalten*

*keine Arbeitszerlegung als betriebliche Arbeitsteilung und sind somit unlogisch?*

1 Hobeln, Leimen, Furnieren

1. Bohren, Entgraten, Schleifen
2. Anfragen, Be5teIIen, Kontrollieren
3. Schwimmen, Putzen, Verzinken S Drehen, Bohren, Essen

## Arbeitsteilung/Rationalisierung ”!



1. „Rationalisierung ist nur in der Produktion moglich, weil sich dort immer wieder gleiche Arbeiten wiederholen.“
2. „jede Arbeit kann rationalisiert werden, wenn auch in unterschiedlichem Umfang.“

„Die Arbeit von Fuhrungskraften lasst sich nicht rationalisieren, weil es sich dabei um sehr komplizierte Arbeitsvorpange handelt und jede Situation anders ist.“

„Rationalisierung hat bereits stattgefunden, wenn danach die betreffende Arbeit mit einem geringeren Aufwand an Zeit und Kosten verbunden ist.“

5 „Rationalisierungsmañnahmen sind fur die Arbeitnehmer ungunstig: Sie mussen Schneller arbeiten, verlieren ihre jobs und erhalten fur hohere Leistung das gleiche Geld.“

*7 Welche der folgenden MaRnahmen stellt keine MaEnahme der Rationalisierung dar?*

1. Normung von Bauteilen
2. Automation des Fertipungsprozesses
3. Typung von Baugruppen



*F:::r*

*d cieA*

*rbei endie nA'd r\*:*

*hl antworten stellt keine*

1. Spezialisierung

3 Reparatur eines Bohrautomaten



1. *Was kann durch Rationalisierung in einem lndustriebetrieb nicht erreicht werden?*

I Verringerung der Transportkosten 2 kurzere Durchlaufzeiten

* 1. Verringerung des Fremdkapitalanteils
  2. Erhohung der Produktivitat
  3. Verringerung der korperlichen Belastung

1. *Ein d*

*! eA\* ’*

*st unter anderem*

*die HH’umaniisieeruun‘ng“ ddeer Arbbeeiit.*

Was ist darunter nicht zu verstehen\*

1. Erhohung der Lohne und Gehalter
2. Verbesserung der Arbeitsbedingungen
3. Verringerung der korperlichen Belastungen
4. Erhohung der Verantwortung und Erweiterung der Mitwirkungsmoglichkeiten der Mitarbeiter

S Verringerung der woChentlichen Arbeitszeit

*10 ' h d Nac ei*

*’e!r A’rL›e*

*de A: g”’en kennzeichnet einen e*

1. hoherer Lebensstandard
2. Entfremdung von der Arbeit
3. geringere Anlernzeit
4. Aneipnung von Spezialkenntnissen
5. geringere Lohnkosten

Wirtschafts- und Sozialkunde

Erläutern *Sie Arten,* Ziele *und Aufgaben wichtiger berufsständischer Organisationen.*

|  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Art der Betriebe/ Branche | | | Berufsständische Organisation | Ziele und Aufgaben | Mitgliedschaft | Dachverband auf Bundesebene |
| Betriebe der | | | Industrie- und | - Betreut alle in ihrem Bereich liegenden Gewerbebetriebe, die Pflichtbeiträge zahlen  - berät und fordert die gewerbliche Wirtschaft  - überwacht die Berufsausbildung, fuhrt das Verzeichnis der Ausbildungsbetriebe und nimmt Prüfungen ab | Pflicht | Deutscher |
| gewerblichen | | | Handelskammer = |  | Industrie- und |
| Wirtschaft | | | Interessenvertretung |  | Handelstag DIHK |
| (Industrie, Handel, | | | für die gewerbliche |  |  |
| Dienstleistung) | | | Wirtschaft |  |  |
|  | | | Wirtschaftsfachverband = Interessenvertretung des jeweiligen Wirtschaftszweiges | -fordert den jeweiligen Wirtschaftszweig (z. B. Verband der Elektroindustrie)  - berät ihre Mitglieder  - gibt branchenbezogene Informationen und Statistiken für die Mitglieder heraus  - gibt Stellungnahmen zu aktuellen wirtschaftspolitischen Themen ab  versucht Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen, sofern diese den Wirtschaftszweig betrifft (Lobby) | freiwillig | -Bundesverband des entsprechenden Wirtschaftszweiges  - Bundesverband der deutschen Industrie BDI |
|  | | |  | - |  |
|  | Handwerksbetriebe | | Handwerksinnung = | - nimmt Gesellenprüfungen ab  - vermittelt zwischen Kunden und Betrieb  - richtet Unterstützungs- und Krankenkassen ein | freiwillig | Bundesinnungsverbände |
|  | | Zusammenschluss |  |  |
|  | | selbstständiger Handwerker einer Berufsgruppe |  |  |
|  | | Kreishandwerkerschaft = Zusammenschluss aller oder mehrerer Handwerksinnungen eines  Stadt- oder Landkreises | nimmt die gemeinschaftlichen Interessen des  Handwerks auf Bezirksebene wahr  schafft überbetriebliche Ausbildungsstatten  und Schlichtungsstellen  erteilt Auskünfte und Rechtsberatungen  betreut die Auszubildenden gemeinsam mit  den Lehrlingswarten der Kammern | Pflicht | * - Bundesvereinigung der Fachverbände * - Zentralverband des deutschen Handwerks |
|  | |  |  |  |
|  | |  |  |  |
|  | |  |  |  |
|  | |  |  |  |
|  | |  |  |  |
|  | |  | - berät ihre Mitglieder  - fuhrt die Handwerksrolle, in der jeder Betrieb verzeichnet ist  -regelt und überwacht die Ausbildung  - nimmt die Meisterprüfung ab | Pflicht | Deutscher  Handwerkskammertag |
|  | | Handwerkskammer =  Interessenvertretung  des Handwerks und  Organ der handwerklichen Selbstverwaltung |  |  |
|  | |  |  |  |
|  | |  |  |  |
|  | |  |  |  |
| *Nennen Sie weitere wichtige Einrichtungen und Institutionen und erklären Sie deren Zuständigkeiten.* | | | | | | |
| Finanzamt | | Das Finanzamt ist die unterste Behörde der Finanzverwaltung, die als örtliche Dienststelle der Bundesländer die Besteuerung durchfuhrt. Es verrichtet die dazu notwendige Verwaltungsarbeit, ermittelt die Steuerpflichtig gen, veranlagt und erhebt die Steuern und fuhrt Kontrollen oder Fahndungen durch. Finanzämter werden durch die für ihren Bezirk zuständigen Oberfinanzdirektionen überwacht. | | | | |
| Arbeitsagentur | | Die Arbeitsagentur ist vor Ort die unterste Behörde der Bundesagentur für Arbeit (BA). Wichtigste Aufgabe der Arbeitsagentur ist es, arbeitsuchende und Arbeitgeber mit offenen Stellen für einen bestimmten Arbeits- Agenturbezirk Zusammenzuführen. Die Arbeitsagenturen erbringen Leistungen, die im Arbeitsförderungsgesetz (Sozialgesetzbuch II./lIl. Buch) geregelt sind: Arbeitsvermittlung, Arbeits- und Berufsberatung, berufliche  Weiterbildung, Umschulungen sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Diese Leistungen sind unentgeltlich.  Auch die Beantragung und Zahlung von Arbeitslosengeld I und II gehört zu den Aufgaben. | | | | |
| Gewerbeaufsicht | | Die Gewerbeaufsicht (oder: Amt für Arbeitsschutz) ist die zuständige Behörde für die Einhaltung von Vorschriften des Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutzes. Ihr obliegen die Überwachung von Betrieben und die Erteilung von Genehmigungen. Nicht zu verwechseln mit Ordnungsamt oder Gewerbeamt. | | | | |
| Kommunalverwaltung | | Das Grundgesetz legt in Artikel 28, Absatz 2 die Eigenverantwortung der Gemeinden „im Rahmen der  Gesetze” fest. Die Eigenverantwortung bezieht sich auf Personal-, Gebiets-, Planungs- und Rechtsetzungshoheit. Die Kommunalverfassungen selber sind Sache der Ländergesetzgebung. Die konkrete Ausgestaltung der  Kommunalverwaltungen unterscheidet sich daher je nach Landesgesetz. Sie betreffen vornehmlich das  Verhältnis von gewählter, ehrenamtlicher Vertretung (Stadtrat, Kreisrat) und der hauptamtlichen Verwaltungs-  spitze (Bürgermeister, Gemeinde- oder Oberstadtdirektor). | | | | |
| (Stadt- bzw. | |  | | | | |
|  | |  | | | | |
| Arbeitsgericht | | Arbeitsgerichte sind die in erster Instanz tätigen Anlaufstellen für Streitigkeiten, die von der Arbeitsgerichtsbarkeit geklärt werden müssen. Die Kammern am Arbeitsgericht sind mit einem Berufsrichter und zwei ehren- amtlichen Richtern, die von den Arbeitgeberverbanden und den Gewerkschaften vorgeschlagen werden, besetzt. Die Arbeitsgerichte sind u. a. zuständig für Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und zwischen Tarifvertragsparteien, wie Gewerkschaften und Arbeitgeberverbanden. | | | | |

## Grundtatbestande industriellen Wirtschaftens

*Welche der folgenden Organisationen ist keine berufsstandische Organisation7*

1. Zentralverband des Deutschen Handwerks
2. Bundesinnungsverband
3. Deutscher Bauernverband
4. Deutscher Industrie- und Handelstag DIHT
5. Deutsche Lebensrettungsgesellschaft DLRG

*2 Welche der folgenden Aussagen ”uber Interessenverb”ande und berufsstifindische Organisationen sind falsch?*

1. Sie sind durch das Grundgesetz vorgeschrieben.
2. Sie peben in GeseLzgebungsverfahren Stellung- nahmen und Gutachten ab.
3. Sie werden durch die Beitrage ihrer Mitglieder und Spender finanziert.
4. Sie sind vorwiegend zum Wohle ihrer Mitglieder tatig.
5. Sie sind alle inn Zentralverband der berufsstandi- hen Organisationen zusammengefasst.

*Welche der folgenden Celdzahlungen der Peter Baumann CmbH wird nicht vom Finanzamt erhoben?*

1. Kfz-Steuer
2. KorperschaftSsteuer
3. Gevverbesteuer
4. Umsatzsteuer S Lohnsteuer

*T'r‘ufen Sie die folgenden Aussagen t/ber Institutionen, mit denen ein Unternehmen zu tun hat. Xennzeich-* nen *Sie die Aussagen mit einer*

1, wenn die Aussage zutrifft,

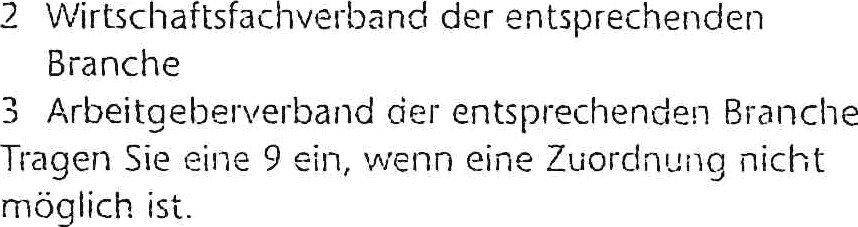
9, wenn die Aussage nicht zutrifft.

a. Die Arbeitsagentur ist zustandig fur Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

## Wirtschdft5organisationen, Behorden, Berufsvertretungen ?4.J

Orcinen die .ti, indem Sie clie Zifi°r \ or der zuti-ef- femen Org anisation in, clas e!s'sprecl encie I\*.4stc!°.en eintl ^g en.

1 I Haisdclskarr mer



1. Ein Her5teller von Tiefkuhltruhen benotigt im Rahmen des Exports ein Ursprungszeugnis, welches bescheinigt, dass die Waren in Deutsch- land hergestellt worden sind.
2. Ein lndustriebetrieb, der sich mit der Herstellung von Leuchten beschaftigt, benotigt Angaben uber den Markt fur Halogenleuchten.
3. Ein Sanitarinstallationsbetrieb will Fragen zur Ausbildungsberechtigung klaren.
4. Die Geschaftsleitung eines Industriebetriebes hat Fragen zur Mitbestimmung des Betriebsrates in einer aktuellen Situation und begehrt eine Auskunft hierzu.

*Welche der folgenden Ziele verlolgt der BDI nicht?*

1. Sicherung des Produktionsstandortes Deutschland
2. Senkung der SteuersaLze fur die Lohnsteuer
3. Abschaffung der Gewerbesteuer
4. Erhéhung der Lohnnebenkosten

S Verbesserung der Bedingungen fur den Auñenhandel

*In den folgenden Auswahlantworten rnden sie Zuordnungen von berufsst”andischen Organisationen zu dem entsPrechenden Dachverband auf* Bunde5ebene.

Welche dieser Zuordnun 9E!n treffen zu?

an a

urd

e n ga

n der

1 lndustrie- und Handelskammer -• DIHK

e t iFhen Ko

albe :

en ubk a h

2 Landwirtschaftskammern —• Deutscher

c. Das Arbeitsgericht ist grundsatzlich zustandig fur Streitigkeiten zwi5chen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbanden.

d. Das Verhaltnis zwischen dem Stadtrat und dem Burpermeister wird in der jeweiligen Landerge- setzgebung peregelt.

*S Die Betriebe der gewerblichen Wirtschaft werden von verschiedenen berufsst ndischen* Orgonisat/onen *bzw. âberbetrieblichen InteresSenverbanden betreut. Diese ubernehmen dabei jeweil5 unterschiedliche Aufgaben.*

Welche der folgenden Organisationen ist fur die unten genannten Aufgaben zustandig?

Bauernverband

1. Kreishandwerkerschaft —› Zentralverband des

Deutschen Handwerks

1. Handwerkskammer — BDI
2. Handwerksinnung — Deutscher

Handvverkskammertag

8 *Welche der folgenden Organisa tionen sind nicht fiir die* Durchf”uhruny *von Prufungen inn Rohmen der Berufsbildung zustandig?*

1. IHK
2. Handwerksinnung
3. Landwirtschaftskammer
4. BDI

S Deutscher Bauernverband

# 2-I Wirtschafts- und Sozialkunde

*Erklären Sie das duale System der Berufsausbildung.*

Das gesamte Ausbildungssystem (kaufmännische und gewerbliche Ausbildung) in der Bundesrepublik Deutschland basiert darauf, dass für das Erlernen eines Ausbildungsberufes zwei Lernorte zuständig sind:

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| BetriebLernort | Betrieb | Schule |
| Ausbildungsbetriebe der Industrie, des Handwerks sowie Betriebe aus dem Bereich Handel und Dienstleistungen  Beispiel: Bauträgergesellschaft Normbau GmbH | alle berufsbildenden Schulen, die entsprechend ihrer Größe eine unterschiedliche Zahl von Berufen ausbilden  Beispiel. Berufskolleg Bielefeld |
| Aufgabe | Vermittlung von fachpraktischen Kenntnissen und Fertigkeiten entsprechend der Ausbildungsordnung und dem Ausbildungsberufsbild in den verschiedenen Abteilungen des Betriebes  Beispiel. Angebotserstellung | Vermittlung von fachtheoretischen, berufsbezogenen (Fächer: Geschäftsprozesse, Steuerung und Kontrolle, Wirtschafts- und Sozialprozesse) und berufsübergreifenden Lerninhalten (Fächer: Deutsch/Kommunikation, Politik/Gesellschaftslehre, Religion, Sport/Gesundheitsforderung)  Beispiel: Kaufertragsrecht |
| Rechtsquellen und Inhalte | Ausbildungsordnung | Rahmenlehrplan |
| - Ausbildungsdauer  - Berufsbild  - Ausbildungsrahmenplan  - Ausbildungsplan  - Prüfungsanforderungen | - Unterrichtsfächer  - Anzahl der Unterrichtsstunden pro Fach  - Lerngebiete/Lernziele/Lerninhalte  - zeitliche Zuordnung der Lerninhalte (Unterstufe, Mittelstufe, Oberstufe der Berufsschule) |

*Beschreiben Sie die Inhalte des Berufsbildungsgesetzes.*

|  |  |
| --- | --- |
| Aufgabe | Das Berufsbildungsgesetz ist die rechtliche Grundlage für alle anerkannten Ausbildungsberufe. Es enthält allgemeine Vorschriften, die für alle Ausbildungsberufe einheitlich gelten. |
| Begriffe der beruflichen Bildung | - Berufsausbildung  Darunter ist die breit angelegte berufliche Grundbildung in einem geordneten Ausbildungsgang zu verstehen  .Beispiel: Berufsausbildung zum/zur Industriekaufmann/Industriekauffrau  - berufliche Fortbildung  Sie soll die erlernten Kenntnisse und Fertigkeiten in diesem Beruf erhalten, erweitern und den gestiegenen Anforderungen aufgrund der fortschreitenden technischen Entwicklung anpassen.  Beispiel: Fortbildungslehrgang zu einer EDV-Anwendersoftware  - berufliche Umschulung  Sie soll zu einer anderen beruflichen Tätigkeit befähigen, weil der ursprüngliche Beruf aus bestimmten Gründen nicht mehr ausgeübt werden kann.  Beispiel: Umschulung eines Bäckers mit einer Mehlstauballergie zum Industriekaufmann |
| wesentliche Inhalte | Allgemeine Regelungen über:  - Berufsausbildungsvertrag  - Beginn und Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses  - Pflichten des Ausbildenden  - Berechtigung zum Einstellen und Ausbilden  - Pflichten des Auszubildenden  - Änderung der Ausbildungszeit  - Vergütung |

*Nennen Sie die Ziele und Inhalte einer Ausbildungsordnung.*

|  |  |
| --- | --- |
| Begriff und Ziele | Die Ausbildungsordnung ist die rechtliche Grundlage für einen speziellen Ausbildungsberuf. Sie enthält alle Vorschriften, die für diesen speziellen Ausbildungsberuf von Bedeutung sind.  Beispiel: Verordnung über die Berufsausbildung zum Industriekaufmann/zur Industriekauffrau |
| wesentliche Inhalte | Bezogen auf die Berufsausbildung in den meisten kaufmännischen Ausbildungsberufen:  - Ausbildungsdauer (Regeldauer drei Jahre, Verkürzung möglich)  - Berufsbild (z. B. zu vermittelnde Fertigkeiten und Kenntnisse in den Bereichen: Beschaffung, Lagerung, Absatz, Personalwesen, Rechnungswesen)  - Ausbildungsrahmenplan (Anleitung zur Erstellung eines Ausbildungsplans hinsichtlich der sachlichen und zeitlichen Gliederung der Berufsausbildung)  - Ausbildungsplan (individueller Plan für jedes einzelne Ausbildungsverhältnis)  - Prüfungsanforderungen (z. B. Industriekaufmann/Industriekauffrau) Zwischenprüfung  Abschlussprüfung:  a) schriftliche Prüfung (Geschäftsprozesse, Kaufmännische Steuerung und Kontrolle Wirtschafts- und Sozialkunde)  b) Einsatzgebiet (Report als Grundlage einer Präsentation und eines Fachgesprächs, |

’

G rundtatbestande industriellen Wirtschaftens

*Entscheiden Sie, ob in den folgenden F”allen*

1. hauptsachlich der Lernort Betrieb zustandig ist,
2. hauptsachlich der Lernort Schule zustandig ist,
3. beide Lernorte zustandig sind,

9 keiner der beiden Lernorte zustandig ist.

1. Die Ausbildung erfolgt nach dem schriftlich vorliegenden Ausbildungsplan.
2. Die Ausbildung soll u. a. auch so gestaltet sein, dass der Auszubildende optimal auf die Ab- schlussprufung der Industrie- und Handelskam- mer vorbereitet wird.
3. Grundlage fur die Ausbildungsinhalte sind die geltenden Lehrplane des entsprechenden Bundeslandes.
4. Vermittlung theoretischen Wisdens und Konnens

BerufSbildungsgesetz/Ausbildungsordnung ?¿fi

1. *Welche der unten Stehenden Aussagen trifft nicht zu?*
   1. Zur Berufsbildung inn Sinne des Berufsbildungs- gesetzes gehoren die Berufsausbildung, die berufliche Fortbildung und die berufliche Umschulung.
   2. Die Berufsausbildung hat eine breit an9elegte berufliche Grundbildung in einem geordneten Ausbildungsgang zu vermitteln.
   3. Die berufliche Fortbildung soll die beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten erhalten, erweitern und der technischen Entwicklung anpassen.

Die berufliche Umschulung soll zu einer anderen beruflichen Tatigkeit befahigen.

5 Die Berufsbildung hat nicht das Ziel, Berufserfahrungen zu sammeln.

1. D e

E'

eden der Berufsschulpflicht sollen gean- *S*

E'

*Welche der folfiienden Regelungen sind*

*im Berufsbildungsgesetz enthalten?*

Eine Eintragung des Ausbildungsvertrages in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhaltnisse bei der lndustrie- und Handelskammer ist zu beantragen.

*2 Ordnen Sie die folgenden Rechtsgrundlagen den unten stehenden Aussagen zu:*

1. Berufsbildungsgesetz
2. Ausbildungsordnung
3. jugendarbeitsschutzgesetz

9 trifft auf keine der vorgenannten Rechtsgrundlagen zu

1. Der Ausbildende hat den AuSzubildenden fur die Teiinahme am Berufsschulunterricht und an Prufungen freizustellen.
2. Der Ausbildende darf den noch nicht volljahrigen Auszubildenden einmal in der Woche an Berufs- schultagen mit mehr als funf UnterrichLsstunden von mindestens 45 Minuten nicht beschaftigen.
3. Das Ausbildungsberufsbild enthalt die zu vermit- telnden Fertigkeiten und Kenntnisse in den verschiedenen Bereichen.
4. Vergutungsgrundsatze in der Ausbildung
5. Verbot der Kinderarbeit
6. Verbot der Akkordarbeit bei jugendlichen
7. Berechtigung zum Einstellen und Ausbilden
8. maximale wochentliche Arbeitszeit
9. *Fine Ausbildung zum Industriekaufmann/zur Industriekouffrau wird durch eine erfolgreiche Abschlussprufunfii best”atigt.*

*e he der unten stehenden Aussagen treffen*

*i*

1. Die Abschlussprufung kann ohne Ausnahme erst nach dreijahriger Ausbildun9 abgelegt werden.
2. lnhalte der schriftlichen Abschlussprufung erstrecken sich nicht nur auf Kenntnisse, die in der Berufsschule, sondern auch im Ausbildungs- betrieb vermittelt werden.
3. Das Prufungsfach „Wirtschafts- und Sozialkunde” ist aus dem Prufteil „Einsatzgebiet”.
4. Die Abschlussprufung ist dann bestanden, wenn das Gesamtergebnis und das Ergebnis in zwei der drei schriftlichen Facher mindestens „ausrei- chend” sind.

e. geh

. nu

’ 40 Stunden pro

1. Mit einem Prufungsergebnis „ungenugend” in

: ' Ahkoddarbn

er axe na

einem der Prufungsfacher ist die Prufung nicht bestanden.

u

! DhAn Bbt d e% d

: edf

et da’h.

eisten kaufmanni-

*Welcher der folgenden Punkte ist* nicht *inn Berufsbildungsgesetz geregelt?*

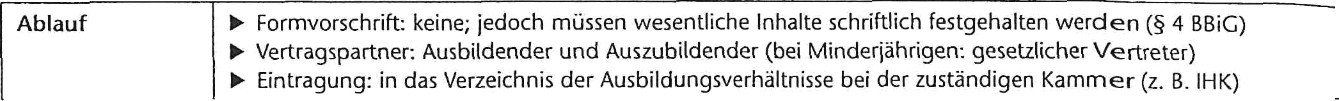
*Was kann eine Ausbildungsordnung in einem bestimmten Beruf nicht beinhalten 7*

1. Ausbildungsdauer
2. Kundigungsfristen
3. Prufungsanforderungen
4. Bezeichnung des Ausbildungsberufs
5. Ausbildungsrahmenplan
   1. Regelung uber Beginn und Ende des Berufsausbildungsverhaltnisses
   2. Pflichten des Auszubildenden
   3. Berechtigung zum Einstellen und Ausbilden von Auszubildenden
   4. Ausbildungsplan

3 Rechte des Auszubildenden

# 26 Wirtschafts- und Sozialkunde

*Wie kommt ein Berufsausbildungsvertrag zustande?*



Ablauf

Formvorschrift: keine; jedoch müssen wesentliche Inhalte schriftlich festgehalten werd en (§ 4 BBiG)

Vertragspartner: Ausbildender und Auszubildender (bei Minderjährigen: gesetzlicher Vertreter)

•Eintragung: in das Verzeichnis der Ausbildungsverhältnisse bei der zuständigen Kammer (z. B. IHK)• Eintragung: in das Verzeichnis der Ausbildungsverhältnisse bei der zuständigen Kammer (z. B. IHK)

*Nennen Ste die Mindestinh alte eines Bern fsausbildungsvertrages nach § 4 BBiG.*

Mindestinhalte ¥• Art, Gliederung und Ziel der Ausbildung k Dauer der taglichen Arbeitsze i t (Ausbildungsberuf, AuSbildungsplan) • Probezeit (zwischen ein und 'v'ier Monate)

* Beginn und Dauer der Ausbildung ¥• Zahlung und Hohe der VergLi tung

(i. d. R. Beginn am 01.08., Dauer 3 jahre) (gestaffelt nach |ahrIicher Stei gerung)

* Ausbildungsmañnahmen auñerhalb der ¥’ Dauer des Urlaubs Ausbildungsstatte ¥ Kundigungsmoglichkeiten (z. B. Seminar uber Verkaufsrraining)

 Nennen Sie die Mindestinhalte eines Berufsausbildungsvertrages nach § 4 BBiG.

|  |  |
| --- | --- |
| Rechte und Pflichten | Pflichten des Auszubildenden ( Rechte des Ausbildenden) |
|  | - Lern-/Dienstleistungspflicht  - Weisungen befolgen  - sorgfältige Ausführung der Weisungen  - Berufsschulpflicht  - Berichtsheft fuhren  - Einhaltung der betrieblichen Ordnung  - Einrichtungen pfleglich behandeln  - „Kleiderordnung” einhalten  - Wahrung von Geschäftsgeheimnissen  (z. B. Bezugsquellen, Preiskalkulationen) |
|  |  |
|  |  |

|  |  |
| --- | --- |
| Rechte und Pflichten | Pflichten des Auszubildenden ( Rechte des Auszubildenden) |
|  | - korrekte Durchführung der Ausbildung  - keine „ausbildungsfremden” Tätigkeiten  - geeignete Ausbilder  - kostenlose Ausbildungsmittel  - Besuch der Berufsschule ermöglichen  - Sorgepflicht  -Arbeitsschutz  - Zahlung der Vergütung  - Gewähren von Urlaub  - Zeugniserteilung nach Beendigung der Ausbildung |
|  |  |
|  |  |

Wie wird ein Ausbildungsverhältnis beendet?

mit bestandener Abschlussprüfung

Entscheidend ist der Tag der Abschlussprüfung, nicht das Datum laut Ausbildungsvertrag (bei Nichtbestehen: Verlängerung bis zur nächsten Prüfung, höchstens um ein Jahr)

durch Kündigung Formvorschrift Schriftlich

wahrend der Probezeit: von beiden Seiten ohne Angabe von Gründen moglich

nach der Probezeit:

— vom Auszubildenden: mit Kündigungsfrist von vier Wochen, wenn ein anderen Beruf angestrebt wird oder die Ausbildung aufgegeben wird

— von beiden Seiten: ohne Einhalten einer Frist bei einem „wichtigen Grund”, z. B. einer Tätlichkeit

*Nennen Sie wichtige Vorschriften des )Jugendarbeitsschutzgesetzes.*

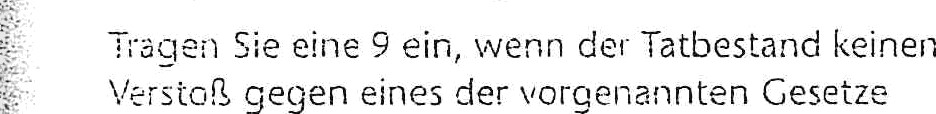
|  |  |
| --- | --- |
| Grundlegendes | - geschützter Personenkreis: Kinder (Personen, die noch nicht 15 Jahre alt sind); ]jugendliche (Personen, die  1 5 Jahre, aber noch nicht 18 Jahre alt sind)  - überwachende Behörde ist das Gewerbeaufsichtsamt bzw. das Staatliche Amt für Arbeitsschutz  - Kinderarbeit ist bis auf Ausnahmen verboten  - Akkordarbeit ist verboten |
| Arbeitszeit | - täglich maximal 8 Stunden (bzw. 8,5 Stunden, wenn an einem Wochentag die Mehrstunden abgegolten  werden); wöchentlich maximal 40 Stunden  - an Samstagen, Sonn- und Feiertagen keine Beschäftigung; Ausnahmen find zulässig  - Schichtzeit ist die Arbeitszeit inkl. Ruhepausen: maximal 10 Stunden  - tägliche Freizeit: mindestens 12 Stunden zwischen Arbeitsende und Arbeitsbeginn am nächsten Tag |
| Ruhepausen | bei einer tägl. Arbeitszeit von 4,5—6 Std. mind. 30 Minuten  bei einer tägl. Arbeitszeit von über 6 Std. mind. 60 Minuten |
| Nachtruhe | Beschäftigung nur zwischen 06:00 und 20:00 Uhr; Ausnahmen: z. B. im Gaststättengewerbe bis 22:00 Uhr, in Bäckereien ab 05-00 Uhr, in mehrschichtigen Betrieben bis 23:00 Uhr |
| Urlaub | * 30 Werktage für 15-jährige * 27 Werktage für 16-jährige * 23 Werktage für 17-jährige |
| Berufsschule | - Freistellung für den Berufsschulunterricht  - Arbeitsentgelt für die Zeit, die in der Berufsschule verbracht wird  - keine Beschäftigung an einem Berufsschultag in der Woche bei mindestens 6 Unterrichtsstunden |
| Einstellungs- Untersuchung | - Erstuntersuchung : innerhalb der letzten 14 Monate vor Beginn der Ausbildung  - Nachuntersuchung: 1 Jahr nach Beginn der AusbildungwisoQuestionSeptembre2023 |

## Gr undtatbestande industriellen Wirtschaftens

1. *W* /c/ie *der* unten *stehenden Bedingungen sind*

*. nicht als lnhalte des Ausbildungsvertrages j” gesetzlich vorgeschrieben?*

* 1. Beruf, in dem der Auszubildende ausgebildet wird
  2. Beginn und Dauer der Ausbildung



* 1. Regelmañige wochentliche Arbeitszeit
  2. Dauer der Probezeit

“' 5 Anspruch auf Urlaubsgeld

1. *2* Ste//en *Sie lest, ob die unten stehenden Tatbest”ande*

*.; . ciegen die Bestimmungen des*

* 1. Berufsbildungsgesetzes verstoLen,
  2. jugendarbeitsschutzgesetzes verstoBen.

o. Die Schnell Gm bH vereinbart mit ihren kunhigen A MO d nd n grundsatzlich eine Probezeit von

E'

b. Die F. Schrupp KG gibt ihren noch nicht 18 jahre alten Auszubildenden an keinem Berufsschultag in der Woche nachmittags frei, obwohl an beiden Tagen funf Unterrichtsstunden stattfinden.

Die Auszubildenden der W. Krause OHG, die in ein Angestelltenverhaltnis ubernommen werden, erhalten trotz vorzeitig bestandener Abschluss- prufung noch bis zum Ende der im Ausbildungs- vertrag festgelegten Ausbildungszeit die AusbildungsverguLung.

Der Auszubildende Friedhelm Flink (17 jahre alt) arbeitet von 07:00 bis 16:00 Uhr (15 Min.

Berufsausbildungsvertrag/jugendarbeitsschuWge setz ?\* ?/

*4 Kennzeichnen Sie unten stehende mile mit einer*

1, wenn es sich um eine wirksame Kundigung handelt,

9, wenn es sich um eine unwirksame Kundigung handelt.

1. jost Abele Stellt nach einem halben jahr test, dass er aus gesundheitlichen Grunden die Ausbildun g zum Backer nicht fortsetzen kann. Er kundigt m it einer Kundigungsfrist von vier Wochen Schriftlich mit Angabe des Grundes.
2. Lisa Stickling hat wahrend der ersten zwei Monate in der Ausbildung zur Kauffrau im Einzelhandel nur ausbildungsfremde Tatigkeiten zugewiesen bekommen. Sie kundigt in der Probezeit schriftlich ohne Angabe von Grunden.

Bei einer Unterredung zwischen Eugen Zimmerer, Auszubildender inn Fleischerhandwerk, und seinem Meister uber die bisherigen Leistungen nach einem jahr Ausbildung beleidigt ihn der Meister mit den Worten: „Du fauler Sack!” Daraufhin gibt Eugen dem Meister eine saftige Ohrfeige und bekommt von ihm zu horen: „Pack deine Sachen, du bist gekundigt!”

*S Bei welcher der unten genannten Fflichten handelt es sich weder um eine Pflicht des Auszubildenden noch um eine Fflicht des Ausbildenden aus einem Berufsausbildungsvertrag?*

1. Lernpflicht
2. Wahrung von Betriebs- und Geschaftsgeheimnissen
3. Pflicht zur Ausstellung eines Zeugnisses bei Beendigung der Ausbildung
4. Zahlung der Ausbildungsvergutung S Pflicht zum Abschluss einer

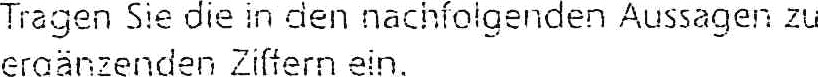
Ausbildungsversicherung

Fruhstucks- und 45 Min. Mittagspause) inn Akkord. *6*

e. Der Auszubildende Strehes erhalt von seinem

Ausbildenden nach Abschluss der Ausbildung kein Zeugnis.

*3 Das )ugendarbeitsschutzgesetz soil den )ugendIichen vor korperlichen UberbelaStungen inn Arbeitsleben sch”utzen.*



1. Die Dauer der taglichen Arbeitszeit darf

Stunden nicht uberschreiten, wenn die Arbeitszeit ;r an allen Tagen in der Woche gleich ist.

1. Die Wochenarbeitszeit darf Stunden nicht

uberschreiten.

1. jugendliche durfen (von einzelnen Au5nahmen abgesehen) grundsatzlich nur in der Zeit

von ... Uhr bis Uhr beschaftigt werden.

1. Der jahresurlaub betragt je nach Alter bis zu ...

Werktage.

1. Die tagliche Freizeit (Zeit zwischen Arbeitsende und Arbeitsanfang des nachsten Tages) muss mindestens Stunden betragen.

*Innerhalb welches Frist kann ein Auszubildender bzw. ein Ausbildender den Berufsausbildungsvertrag ohne Angaben von Grunden k”undigen?*

1. uberhaupt nicht
2. innerhalb der Probezeit
3. innerhalb von vier Monaten nach Beginn der Ausbildung
4. innerhalb von funf Monaten nach Beginn der Ausbildung

'S innerhalb von sechs Monaten nach Beginn der Ausbildung

*e he der unten stehenden Satzerganzungen tri//t*

*U*

Der Ausbildende hat im Rahmen der Berufsausbil- dung dafur zu sorgen, dass ...

1. ... die Sicherheitsvorschriften zur Vermeidung von Unfallen eingehalten werden.
2. ... Geschaftsgeheimnisse gewahrt werden.
3. ... dem Auszubildenden Fertigkeiten und Kenntnisse vermittelL werden, die zum ErreiChen des Ausbildungszieles erforderlich sind.
4. ... ein geeigneter Ausbilder gestellt wird.
5. . dem Auszubildenden kostenlos Ausbildungsmittel zur Verfu9lJ ng gestellt werden.